

Ein genauer Blick lohnt

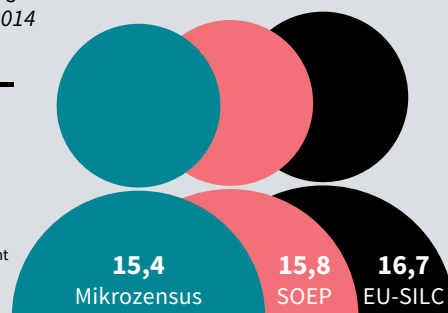
Einkommensverteilung. Sind die unteren Einkommensgruppen in Deutschland die Verlierer des Aufschwungs? Das Sozio-oekonomische Panel scheint zu belegen, dass dieser Bevölkerungsteil in den vergangenen Jahren kaum reale Einkommenszuwächse hatte. Doch ein genauer Blick auf die Daten zeigt, dass es wegen neuer Stichproben im Datensatz fast nicht möglich ist, Werte von früher mit aktuellen zu vergleichen. Zudem, warnt IW-Wissenschaftlerin Judith Niehues in ihrem Kommentar, sei es wenig hilfreich, Unzufriedenheit zu schüren, zumal derzeit so wenige Menschen wie nie seit der Wiedervereinigung ihre wirtschaftliche Lage als negativ einschätzen.

→ [Seiten 2-4](#)

Die Daten machen den Unterschied

Anteil der armutsgefährdeten Personen in Deutschland 2014 in Prozent

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens zur Verfügung hat.

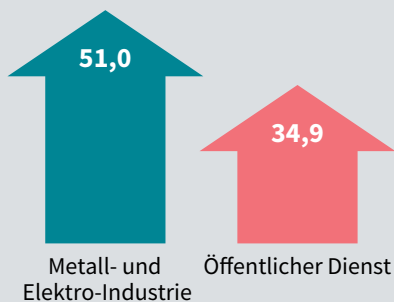


Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Dickes Plus für M+E

Um so viel Prozent sind die Tariflöhne je Stunde von 2000 bis 2016 gestiegen



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Falscher Kurs

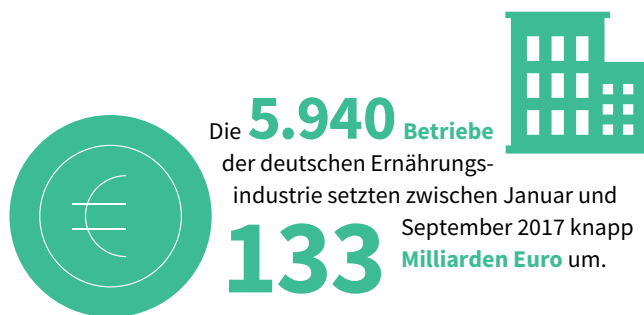
Tariflöhne. In keiner anderen Branche sind die Löhne seit dem Jahr 2000 so stark gestiegen wie in der M+E-Industrie. Trotzdem fordert die IG Metall in der anstehenden Tarifrunde eine Lohnerhöhung von 6 Prozent sowie das Recht für die Beschäftigten, ihre Arbeitszeit für zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden zu reduzieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der M+E-Industrie steht auf dem Spiel.

→ [Seite 5](#)

Gesundes liegt im Trend

Ernährung. Wer in Deutschland hip sein will, futtert Eiweiß – der Absatz von proteinreichen Lebensmitteln ist seit 2013 im jährlichen Schnitt um mehr als 60 Prozent gestiegen. Aber auch Veggie-Produkte, sogenanntes Superfood und Bio-Erzeugnisse sind in. Die Nahrungsmittelindustrie reagiert auf die veränderten Ernährungsgewohnheiten – allein die deutschen Hersteller bringen jedes Jahr 40.000 neue Produkte auf den Markt.

→ [Seiten 10-11](#)



Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auf die Daten kommt es an

Einkommensverteilung. Ob in den Medien oder in der Politik – die Themen Armut und Ungleichheit sind auch nach der Bundestagswahl allgegenwärtig. Das ist verständlich, da die diskutierten Befunde alarmierend klingen. Doch viele Szenarien stellen sich deutlich positiver dar, wenn man die genutzten Datensätze kritisch hinterfragt.

Für Schwarzmaler sind diese Meldungen ein gefundenes Fressen: Zum einen heißt es, die ärmeren 40 Prozent der Deutschen hätten seit der Wiedervereinigung nahezu keine realen Einkommenszuwächse verbucht und würden kaum vom aktuellen Wachstum profitieren; zum anderen soll die Armutsgefährdung sowohl der jüngeren als auch der älteren Bevölkerung gefährlich hoch sein.

Doch mit der Realität haben die Ergebnisse nur bedingt zu tun. Die Gründe dafür sind allerdings nicht so einfach zu verstehen – die Probleme einer differenzierten Betrachtung fangen nämlich schon bei den Datensätzen an (Kasten Seite 3):

Um Ungleichheit, Einkommen und Armut in Deutschland jährlich zu analysieren, stehen zuvorderst drei Datenquellen zur Verfügung – und alle haben ihre Stärken und Schwächen.

Für wissenschaftliche Analysen der Ungleichheit ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) die erste Wahl, da es die Einkommen detailliert aufschlüsselt und die Daten seit der Wiedervereinigung verfügbar sind.

Weil sie die gleiche Quelle nutzen, kommen auch ganz unterschiedliche Studien zu ein und demselben Befund:

Seit 2005 pendelt der Gini-Koeffizient – das ist das zentrale Maß der Ungleichheitsmessung – jedes Jahr unauffällig zwischen 0,28 und 0,29.

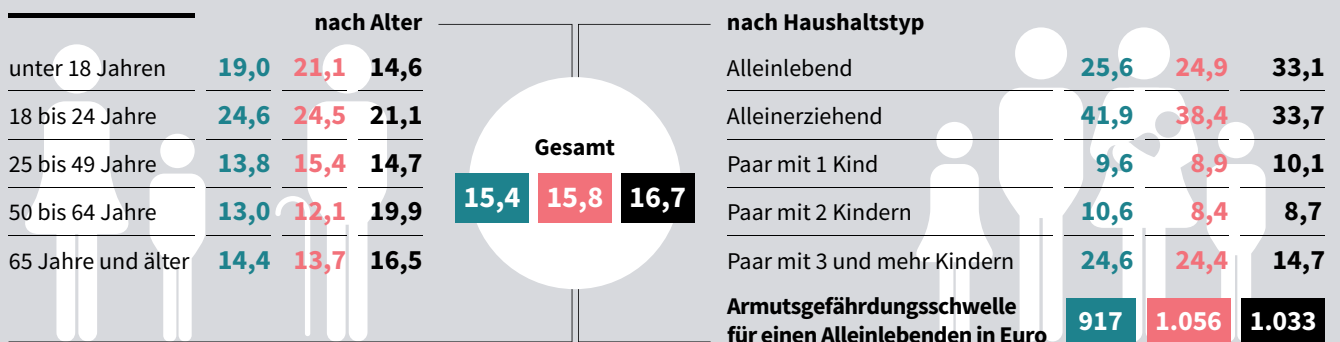
Die Ungleichheit hat sich also seit mehr als zehn Jahren nicht verändert. Zuvor ist sie indes gestiegen.

Nichtsdestotrotz weisen Kritiker auf den ersten Blick zu Recht darauf hin, dass die unteren Einkommen seit der Wiedervereinigung in realer Rechnung nichts dazugewonnen, sondern sogar etwas verloren haben – während die oberen 10 Prozent davongeeilt sind.

Grundlage dieser Befunde ist wiederum das SOEP. Doch die Daten sind mit Vorsicht zu genießen: Von 1993 auf 1994 sind die Realeinkommen der ärmsten 10 Prozent laut SOEP dramatisch eingebrochen. In den Folgejahren mussten sie dieses Minus also erst einmal wieder wettmachen. Wie es zu diesem Einbruch kam, lässt sich nicht vollständig klären. Ein Faktor ist zweifelsfrei eine neue Migrationsstichprobe, die 1994 im SOEP dazukam

Armutsgefährdung: Eine Frage der Daten

Anteil der armutsgefährdeten Personen in Deutschland 2014 in Prozent



Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens zur Verfügung hat

SOEP: Sozio-oekonomisches Panel, Werte inklusive Berücksichtigung der Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum
 Mikrozensus: Bevölkerungsbefragung des Statistischen Bundesamts; EU-SILC: European Union Statistics on Income and Living Conditions

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 © 2017 IW Medien / iwid

Migrationsstichprobe beeinflusst die Einkommensentwicklung

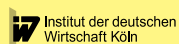
Veränderung der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent

- Einfluss des Startzeitpunkts
- Einfluss der Migrationsstichprobe auf den Zeitraum 2012/2013

	1991– 2014	1994– 2014	Ursprungs- wert	Alternativ- wert
1. Dezil	-8,5	1,9	-3,2	0,5
Untere 40 Prozent	1,0	4,4	-2,3	0,7
Obere 60 Prozent	16,1	15,1	0,3	1,4
10. Dezil	26,6	21,4	1,2	1,6

Bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen: berücksichtigt Einspareffekte, die entstehen, wenn mehrere Personen in einem Haushalt zusammenleben; Angaben in konstanten Preisen
Alternativwert: Veränderung zwischen 2012 und 2013 ohne Berücksichtigung der Migrationsstichprobe im Jahr 2013, anschließende Randanpassung an den Mikrozensus

Quellen: SOEP, Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd



und einen deutlich negativen Einfluss auf die Einkommen der unteren 10 Prozent hatte (Grafik):

Wenn man nicht 1991, sondern 1994 als Startjahr nimmt, haben die unteren 10 Prozent der Bevölkerung bis 2014 leichte Einkommensgewinne verbucht. Mit dem Basisjahr 1991 zeigt die Statistik dagegen deutliche Realeinkommensverluste.

Auch in den Folgejahren haben die ärmsten 10 Prozent beim Realeinkommen kaum Boden gutgemacht – und auch hier lohnt es sich, die Gründe dafür zu klären: Das SOEP ist seit 2010 um weitere Stichproben ergänzt worden, hinzugekommen sind Daten für Alleinerziehende und Familien im kritischen Einkommensbereich sowie eine umfangreichere Migrationsstichprobe. Folglich sind die Daten von vor 2010 nur noch eingeschränkt mit den aktuellen zu vergleichen.

Das zeigen auch Berechnungen des IW Köln: Ohne den Sondereffekt der Migrationsstichprobe, die zwischen 2012 und 2013 ins SOEP aufgenommen wurde, wird aus dem Rückgang der Realeinkommen um 3,2 Prozent bei den ärmsten 10 Prozent ein Anstieg um 0,5 Prozent. Ähnliches gilt für die Einkommenschichten darüber:

Inklusive der neuen Migrationstichprobe haben sich die Realeinkommen der unteren 40 Prozent um 2,3 Prozent reduziert – ohne diese Stichprobe wäre ein Plus von 0,7 Prozent herausgekommen.

Wird dieser Struktureffekt statistisch ausgeblendet, zeigt sich, dass sich die Einkommen der oberen 60 Pro-

zent und der unteren 40 Prozent seit 2005 praktisch parallel entwickelt haben.

Setzt man als Startjahr darüber hinaus 1994 und nicht 1991 – um den ersten Bruch in der Statistik zu eliminieren –, haben sich die Realeinkommen der unteren 40 Prozent seither um knapp 8 Prozent erhöht.

Noch vertrackter wird die Sache, wenn es um die Armutsgefährdung geht. Denn hierfür liefern alle drei Datensätze Kennzahlen – und die unterscheiden sich teils diametral (Grafik Seite 2):

SOEP und Mikrozensus weisen für Personen unter 18 Jahren und Mehrkindfamilien ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aus. Die EU-SILC attestieren beiden Gruppen dagegen ein unterdurchschnittliches Risiko – demnach wäre fast eine Million Kinder weniger armutsgefährdet als im SOEP.

Genau umgekehrt verhält es sich bei den Personen von 50 bis 64 Jahren: Hier geben SOEP und Mikrozensus Entwarnung, während die EU-SILC Alarm schlagen.

Betrachtet man die Armutsgefährdung im Zeitablauf, zeigt sich vor allem bei den EU-SILC ein deutlicher Strukturbruch. Einige Kritiker hält das jedoch nicht davon ab, die Zeitreihe durchgängig zu interpretieren und dadurch wissenschaftlich kaum haltbare Schlüsse zu ziehen.

Das gilt auch für die Armutsgefährdung insgesamt: Die unterschiedlichen Datensätze bieten die Gelegenheit, die Armutsgefährdung der Jungen auf Grundlage der einen Datenreihe zu thematisieren, um dann mit einer anderen Quelle die Altersarmut anzuprangern. Aussagekräftig wären die Befunde aber nur dann, wenn sie auf Basis mehrerer Datensätze belegbar sind.

Der **Mikrozensus** des Statistischen Bundesamts ist mit 830.000 befragten Personen die größte Quelle. Allerdings fragt er nur das monatliche Haushaltseinkommen ab, unregelmäßige Einkommen werden dadurch untererfasst.

Das **Sozio-oekonomische Panel**, kurz SOEP, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erfasst demgegenüber nur rund 35.000 Personen in 15.000 Haushalten. Dafür stellt es die Einkommenskomponenten sehr detailliert dar.

Die **European Union Statistics on Income and Living Conditions** (EU-SILC) ermöglichen einen Vergleich auf EU-Ebene. Die Befragten – in Deutschland 14.000 Haushalte – rekrutieren sich aus dem Mikrozensus. Da sie sich dort allerdings freiwillig für weitere Befragungen bereiterklärt haben, handelt es sich um eine selektive Auswahl an Personen.

Aus IW-Trends 3/2017:

Judith Niehues: Ungleichheit, Einkommensentwicklung und Armut – Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze
iwkoeln.de/ungleichheit

Kommentar. „Die unteren Einkommensgruppen profitieren kaum von der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland“ – dieser viel zitierte Befund mag der Mehrheitsmeinung entsprechen und sie mehr und mehr stärken. Doch Plausibilitätschecks hält das alarmierende Szenario kaum stand, mahnt **Judith Niehues**, Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung im IW Köln.

Wenig plausibel

Nahezu einhellig herrscht in Deutschland die Meinung, die Schere zwischen Arm und Reich habe sich in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnet.

Verfolgt man die mediale Berichterstattung und öffentliche Diskussionen, scheinen Daten diesen Befund zu bestätigen, zeigen sie doch rückläufige Realeinkommen der ärmeren 40 Prozent der Bevölkerung seit dem Jahr 2010 – trotz der positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

Allerdings: Seit 2008 steigen die Reallöhne – auch für Geringverdiener, wie unterschiedliche Datenquellen belegen. Die Zahl der Arbeitslosen und der Empfänger von Grundsicherung wies in den vergangenen Jahren ebenfalls einen tendenziell rückläufigen Trend auf, seit 2010 ebenso der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dagegen ist auf dem Vormarsch und eilt von Rekord zu Rekord.

Angesichts dieser eindeutig positiven Fakten muss man sich fragen: Wie plausibel ist es, dass sich 40 Prozent der Bevölkerung seit 2010 real schlechtergestellt haben sollen?

Doch wenn sich in der Öffentlichkeit erst einmal eine Meinung etabliert hat, wird sie kaum kritisch hinterfragt. Dabei müsste es doch aufhorchen lassen, wenn Daten nicht die tatsächliche, positive Entwicklung abbilden, sondern eher das Gegenteil. Das könnte schließlich auch auf ein Problem in den Daten hindeuten – anstatt auf ein reales Problem.



Foto: Daniel Roth

Tatsächlich gibt es dafür Belege: Die viel zitierte negative Realeinkommensentwicklung bei den unteren 40 Prozent kehrt sich beispielsweise um, wenn man Veränderungen in der Stichprobe herausrechnet (siehe Seiten 2-3).

Am eindeutigsten gegen die behauptete negative Entwicklung spricht aber die individuelle Wahrnehmung der Menschen – alle repräsentativen Befragungen zeigen, dass die Sorgen um die wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist es auch Fakt, dass es weiterhin viele Menschen in schwierigen Lebenslagen gibt und sich eine Menge Beispiele finden lassen, die diesem Bild entsprechen. Doch es ist eben nicht die Regel: Aktuell beurteilen nur noch rund 8 Prozent der Bundesbürger ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht – so wenige wie zu keinem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung.

Dies heißt nicht, dass in Deutschland alles eitel Sonnenschein ist. Mit Recht lässt sich kritisch hinterfragen, warum die Ungleichheit trotz der positiven Entwicklung nicht eindeutig sinkt – die heutige Ungleichheit liegt unbestritten höher als noch in den 1990er Jahren.

Die Befragungen widersprechen aber eindeutig dem Bild, immer größere Gruppen in Deutschland würden von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt.

Gerade in Zeiten wachsender populistischer Tendenzen stellt sich deshalb auch die Frage, wie hilfreich es ist, mit so großer Beharrlichkeit Unzufriedenheit zu schüren.

Die Industrie prescht vor

Tariflöhne. Die IG Metall fordert für die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektro-Industrie Lohnsteigerungen von 6 Prozent sowie die Möglichkeit einer reduzierten Vollzeit. Ein Tariflohnvergleich zeigt, dass die M+E-Industrie seit der Jahrtausendwende vielen Branchen davongeeilt ist.

In der anstehenden Tarifrunde möchte die IG Metall nicht nur eine kräftige Lohnerhöhung durchsetzen, sondern für die Beschäftigten auch das Recht erkämpfen, die Arbeitszeit für zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden zu reduzieren.

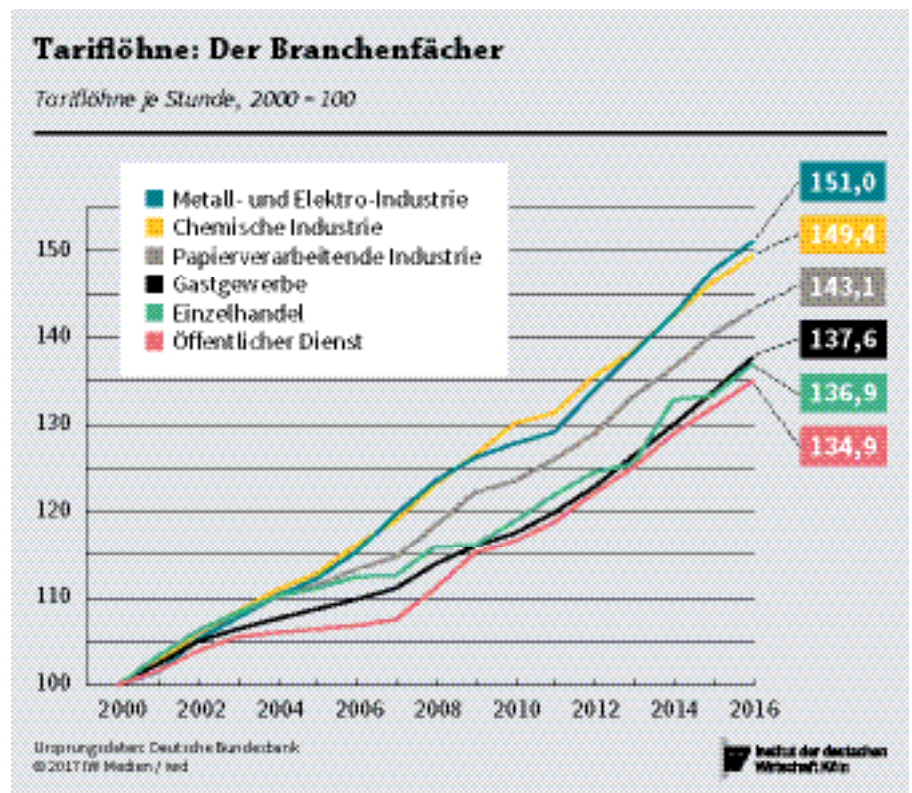
Diese Option ist mit einem Rückkehrrecht auf Vollzeit (35 Stunden) verknüpft und soll in vielen Fällen auch mit einem Teillohnausgleich versehen werden.

Ein Blick auf die vergangenen Tarifrunden seit dem Jahr 2000 zeigt, dass die M+E-Industrie die höchste Tariflohdynamik aufweist (Grafik):

In den Jahren zwischen 2000 und 2016 sind die tariflichen Stundenlöhne in der M+E-Industrie um insgesamt 51 Prozent gestiegen, im öffentlichen Dienst waren es nur knapp 35 Prozent.

Ähnlich hohe Lohnzuwächse wie in der Metall- und Elektro-Industrie gab es nur in der Chemiebranche.

Durch diese Tariflohnpolitik erhöht sich die Differenz zwischen Berufen, die eine Arbeit an Maschinen vorsehen, und Berufen, die Arbeit am Menschen verlangen. Laut Statistischem Bundesamt verdiente ein ausgebildeter Maschinenbauer in Vollzeit im Jahr 2016 durchschnittlich



3.999 Euro brutto, ein ausgebildeter Autobauer sogar 4.795 Euro brutto. Eine ausgebildete Kindergartenerzieherin kam dagegen lediglich auf 3.235 Euro brutto und ein ausgebildeter Mitarbeiter im Krankenhaus auf 3.381 Euro brutto.

Die IG Metall hat demnach allen Grund, dafür zu sorgen, dass die gut bezahlten Industriearbeitsplätze in Deutschland bleiben und nicht ins kostengünstigere Ausland abwandern. Zudem stellt sich die Frage nach dem künftigen lohnpolitischen Kurs:

Werden die Lohnunterschiede zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor immer größer, dann werden insbesondere die sozialen Berufe für Arbeitnehmer immer uninteressanter.

Bereiche wie der öffentliche Dienst müssten bei der Lohnentwicklung nachziehen, um auf Dauer attraktiv zu bleiben. Dies ist aber schwierig, da es im Dienstleistungssektor geringere Produktivitätssteigerungen gibt als in der Industrie. Dadurch ist der Verteilungsspielraum in den meisten Dienstleistungsbranchen für Lohnerhöhungen kleiner als im Verarbeitenden Gewerbe.

Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, müssten über Preiserhöhungen finanziert werden. Wo Preise administrativ festgelegt werden, wären auch steigende Gebühren oder höhere Beiträge zu Pflege- und Krankenversicherung die Folge. Diese Preiserhöhungen schwächen die Kaufkraft aller Arbeitnehmer.

Noch viel Potenzial

Digitalisierung. Einer aktuellen Studie zufolge kommt Deutschland derzeit auf eine digitale Wirtschaftsleistung von 332 Milliarden Euro – allerdings ist erst ein Fünftel der Unternehmen wirklich in der digitalen Welt angekommen.

Die Zunft der Ökonomen tut sich derzeit noch schwer, den Nutzen der Digitalisierung genau zu beziffern. Um diese Erkenntnislücke zumindest für Deutschland zu schließen, hat die TwinEconomics, eine Tochter der Beratungsfirma IW Consult, rund 2.500 Industrieunternehmen und industriennahe Dienstleister danach gefragt, wie stark ihr Geschäftsmodell digitalisiert ist. Die Ergebnisse (Grafik):

- **Vier Fünftel der befragten Firmen sind computerisierte Unternehmen.** Sie nutzen Internet und EDV nur unterstützend im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle.
- **Erst ein Fünftel der Unternehmen gilt wegen seiner datenbasierten Angebote als tatsächlich digitalisiert.** Diese Unternehmen ermöglichen ihren Kunden, individuell konfigurierte und virtuell geplante Leistungen online und automatisiert zu bestellen.

Während computerisierte Unternehmen gerade einmal 13 Prozent ihres Umsatzes mit digitalen Produkten erzielen, kommen die digitalisierten Unternehmen auf gut 42 Prozent. Ähnlich groß sind die Unterschiede auch beim Digitalanteil an der Wertschöpfung.

Zusammen erwirtschafteten Industrie und industriennahe Dienstleister im Jahr 2016 rund 244 Milliarden Euro Wertschöpfung mit digitalen Angeboten. Und selbst wenn man davon die nicht digitalen Komponenten gemischter Produkte noch abzieht, bleibt eine Wertschöpfung von 200 Milliarden Euro übrig.

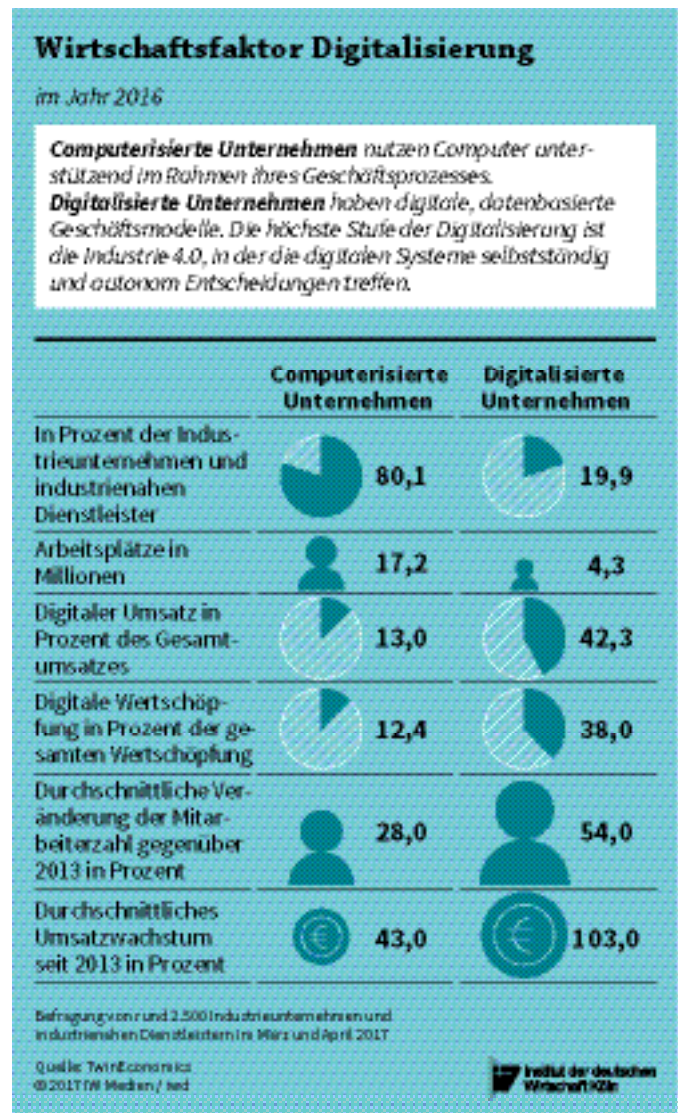
Hochgerechnet auf die gesamte deutsche Wirtschaft ergibt sich daraus für das Jahr 2016 eine rein digitale Wertschöpfung von 332 Milliarden Euro.

Schon heute geben die digitalisierten Industrieunternehmen und Industriedienstleister 4,3 Millionen Menschen Arbeit – und wie groß das Potenzial ist, zeigt sich beim Vergleich mit den computerisierten Firmen:

Während Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen im Zeitraum von 2013 bis 2016 ein durchschnittliches Mitarbeiterwachstum von 54 Prozent verzeichneten, kamen die computerisierten lediglich auf 28 Prozent.

Ein Grund für diesen Unterschied im Beschäftigungsaufbau dürfte auch die dynamische Umsatzentwicklung

sein. So steigerten die digitalisierten Unternehmen ihre Erlöse in den vergangenen drei Jahren um mehr als 100 Prozent, die computerisierten dagegen lediglich um 43 Prozent.



Studie

Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung – Analyse und Handlungsempfehlungen, Juni 2017

vbw-zukunftsrat.de

Die Einnahmen streamen

Musikbranche. Das Kerngeschäft der Musikindustrie war jahrzehntelang der Verkauf von LPs und CDs. Tauschbörsen und das verstärkte Kopieren von CDs sorgten für einen Rückgang der Verkäufe und stürzten die Musikindustrie in eine Krise. Doch dank Musikstreaming ist die Branche auf den Wachstumspfad zurückgekehrt.

Vor genau 20 Jahren verzeichnete die deutsche Musikindustrie ihr bislang bestes Ergebnis: Knapp 2,7 Milliarden Euro Umsatz bedeuteten 1997 einen Rekord. Das Geld wurde fast ausschließlich durch CD-Verkäufe eingenommen – rund 2,6 Milliarden Euro spülten die Tonträger in die Kassen der Branche. Erlöse aus Rechten und Eintritten für Konzerte wurden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

Doch anschließend ging es kontinuierlich bergab. Hauptgründe waren wachsende Musiktaschbörsen wie Napster und die fallenden Preise für CD-Brenner. Da die Musikindustrie lange Zeit keine Antwort auf diese Entwicklung hatte, gingen die Einnahmen deutlich zurück (Grafik):

In Deutschland erzielte die Musikindustrie 2012 nur noch 1,4 Milliarden Euro Umsatz.

Die Trendwende begann 2013 – hauptverantwortlich dafür waren höhere Einnahmen durch das Streaming. Beim Streaming können sich die Kunden Songs über das Smartphone oder den Computer online anhören, ohne sie vorher herunterladen zu müssen. Im Gegenzug muss der Hörer zumeist Werbeeinblendungen hinnehmen oder aber er schließt ein kostenpflichtiges Abo ab. Der größte Vorteil für die Konsumenten: Von ABBA bis ZZ Top ist nahezu jeder Künstler mit jedem Titel legal verfügbar und kann sofort wiedergegeben werden.

Das überzeugt immer mehr Kunden, was an den Absatzzahlen deutlich wird:

Machte das Streaming 2010 und 2011 erst etwa 1 Prozent des Umsatzes im deutschen Musikgeschäft aus, wuchs der Anteil auf mehr als 24 Prozent im Jahr 2016 – Tendenz steigend.

Im gleichen Zeitraum ist die Bedeutung physischer Tonträger wie CDs und LPs von mehr als 86 Prozent auf rund 62 Prozent zurückgegangen.

Diese Entwicklung beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern ist weltweit zu beobachten. Von 2010 bis 2016 stieg der Gesamtumsatz von rund 10 auf 12 Milliarden Euro. In dieser Zeit kletterte der Marktanteil

des Streaming von 3 auf nahezu 35 Prozent. Streaming ist mittlerweile kurz davor, die physischen Tonträger als wichtigsten Umsatztreiber zu verdrängen.

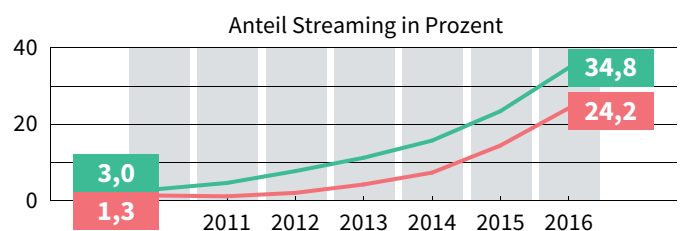
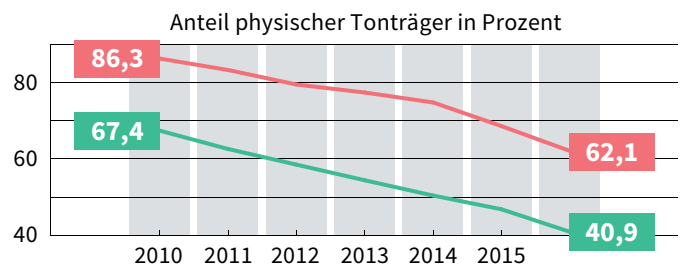
Einen großen Anteil daran hat das Unternehmen Spotify. Von den weltweit 212 Millionen Musikstreaming-Nutzern im Jahr 2016 waren mehr als 100 Millionen bei Spotify aktiv. Schätzungen zufolge ist das Unternehmen zurzeit 16 Milliarden Dollar wert – fast doppelt so viel wie die ProSiebenSat.1 Media SE. Und das, obwohl Spotify rote Zahlen schreibt. Die hohe Bewertung des defizitären Anbieters unterstreicht die Erwartung, dass Streaming weiter an Bedeutung gewinnen wird. Schon 2021 soll der Anteil von Streaming an den Musikverkäufen in Deutschland bei fast 60 Prozent liegen.

Musikindustrie: Streaming liegt im Trend

■ Welt ■ Deutschland

Umsatz der Musikindustrie in Milliarden Euro

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
10,0	9,4	10,1	9,4	9,1	11,2	12,0
1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6



Rest zu 100 Prozent: Downloads

Quellen: Bundesverband Musikindustrie, Deutsche Bundesbank, International Federation of the Phonographic Industry
© 2017 IW Medien / iwd

Aller Anfang ist schwer

Ausbildung. Nicht immer können Unternehmen benachteiligte Jugendliche ohne externe Unterstützung zu Fachkräften ausbilden. In der Assistierte Ausbildung werden verschiedene Maßnahmen zu einer Lösung gebündelt.

Für benachteiligte Jugendliche gestaltet sich der Start ins Berufsleben oft schwierig: Manche haben nur einen niedrigen Schulabschluss, andere haben Probleme mit der deutschen Sprache.

Aber auch diese Jugendlichen sind ein fester Bestandteil des Ausbildungsalltags, wie eine Befragung von 1.385 Unternehmen im Rahmen des IW-Personalpanels zeigt (Grafik):

Fast ein Viertel aller ausbildungsaktiven Unternehmen hat 2015 oder in den fünf Jahren davor Jugendliche mit einer sozialen Benachteiligung ausgebildet.

Nicht alle Herausforderungen des Ausbildungsalltags können dabei in

den Unternehmen bewältigt werden, denn nicht jeder Ausbilder ist zugleich Nachhilfelehrer, Sozialpädagoge oder Sprachtrainer. Bildungsträger wie die Berufsbildungswerke bieten daher zusätzliche Unterstützung, sogenannte ausbildungsbegleitende Hilfen.

Diese Angebote greifen aber manchmal zu kurz. Denn benachteiligte Jugendliche brauchen häufig nicht nur eine einmalige Unterstützung in einem bestimmten Bereich, sondern dauerhafte Begleitung in mehreren Bereichen.

Die Assistierte Ausbildung. Bei diesem – für den Testzeitraum 2015 bis 2018 eingeführten – Angebot werden Jugendliche von einem Bildungsträger über die gesamte Ausbildungszeit betreut und erhalten alle Unterstützungsangebote aus einer Hand.

Zudem beinhaltet die Assistierte Ausbildung optional auch eine Vorbereitungsphase auf eine Ausbildung. Dieses Angebot richtet

sich an Jugendliche, die noch nicht fit genug sind für eine Ausbildung.

Das Konzept wird von den Jugendlichen gut angenommen:

Von Juli 2015 bis Januar 2017 haben 16.826 Jugendliche eine Assistierte Ausbildung begonnen.

Zu knapp 12.000 davon liegen detaillierte demografische Angaben vor: Fast jeder Fünfte hatte eigene Migrationserfahrung – das zeigt, dass die Maßnahme insbesondere für Flüchtlinge eine Chance sein kann.

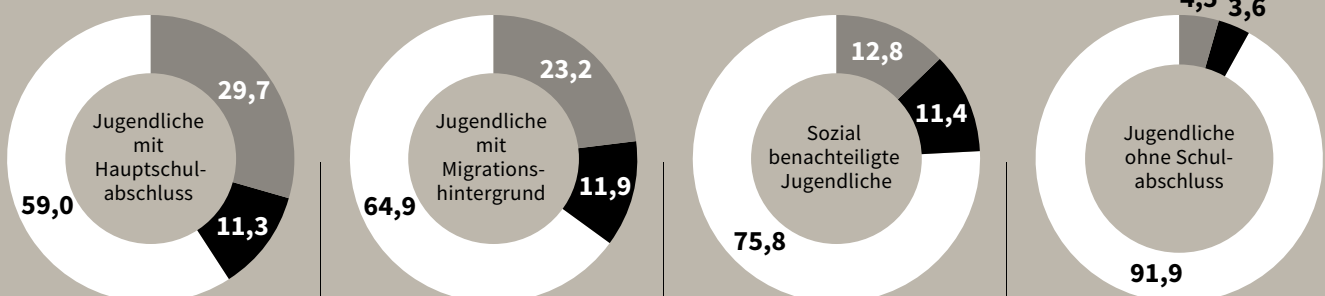
Allerdings ist auch die Assistierte Ausbildung keine eierlegende Wollmilchsaue. Zum Beispiel kann sie Jugendliche mit der Vielzahl von Angeboten zeitlich überfordern oder das Angebot ist den Unternehmen nicht bekannt. So ergab eine Umfrage im Herbst 2016, dass nicht einmal 10 Prozent der 1.030 befragten Unternehmen die Assistierte Ausbildung kennen.

Gleichwohl ist das Konzept ein Schritt nach vorn und sollte deshalb auch nach 2018 fortgeführt werden.

Betriebliche Ausbildung: Die Zielgruppen

So viel Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen antworteten 2015 auf die Frage, ob sie folgende Jugendliche ausbilden, mit ...

■ ... ja ■ ... derzeit nicht, aber in den vergangenen fünf Jahren ■ ... nein



Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen Juli und September 2015

Ursprungsdaten: IW-Personalpanel
© 2017 IW Medien / iwd

Männer machen den Unterschied

Geburten. *Wie viele Kinder in einer Region zur Welt kommen, hängt signifikant mit dem Geschlechterverhältnis vor Ort zusammen. Dem trägt die Statistik bislang allerdings kaum Rechnung, weil sie nur die Kinder pro Frau ausweist.*

Mit der Statistik ist das so eine Sache – auch beim Thema Geburten. Die Reproduktionsfreude der Bevölkerung wird gemeinhin mit der zusammengefassten Geburtenziffer angegeben. Die ist ein theoretisches Konstrukt, das näherungsweise beziffert, wie viele Kinder jede Frau im Durchschnitt zur Welt bringt. Für 2015 lag der Wert in Deutschland bei 1,5 Kindern.

Im Bundesländervergleich kommt Sachsen mit 1,59 Kindern je Frau auf den höchsten Wert, gefolgt von den anderen ostdeutschen Flächenländern. Im Saarland war der Wert 2015 mit 1,38 am niedrigsten.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit, wie ein Blick auf die Reproduktionszahlen der Männer zeigt. Wissenschaftler des IW Köln haben sich dafür von der üblichen Geburtenziffer als Maß verabschiedet. Sie betrachten stattdessen die Zahl der Geburten jeweils pro 10.000 Frauen und Männer im Alter von 20 bis 44 Jahren.

Diese Perspektive verschiebt so einiges in der Rangfolge der Bundesländer, denn die ostdeutschen Flächenländer liegen nicht länger vorn (Grafik):

Pro 10.000 Männer wurden 2015 die meisten Kinder in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin geboren.

Wie es zu den Verschiebungen kommt, erklärt das Geschlechterverhältnis: Gibt es in einer Gegend deutlich mehr Männer als Frauen, hat das negative Folgen für die Zahl der Kinder – nicht mehr jeder fortpflanzungswillige Topf findet seinen Deckel. Besonders groß ist das Missverhältnis in Ostdeutschland:

In Sachsen-Anhalt gibt es bei den 20- bis 29-Jährigen je 100 Frauen mehr als 117 Männer, in Brandenburg und Thüringen fast 115.

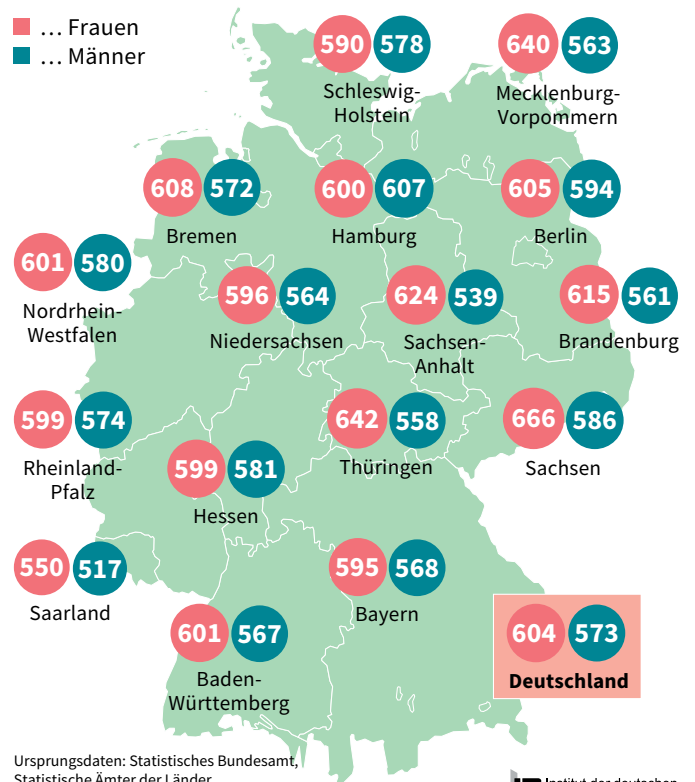
Deutschlandweit beträgt die Relation in dieser Altersklasse nur knapp 109 Männer zu 100 Frauen. Ein gewisser Männerüberschuss ist rein biologisch betrachtet normal, da mehr Jungs als Mädchen geboren werden. Dafür ist die Lebenserwartung der Männer noch immer deutlich geringer. Erst eine zu große Schiefelage des Geschlechterverhältnisses ist problematisch und gefährdet die Zukunftsfähigkeit betroffener Regionen.

Deshalb wäre die Politik gut beraten, nicht länger nur die zusammengefasste Geburtenziffer für familienpolitische Entscheidungen zu nutzen, sondern auch das Geschlechterverhältnis insgesamt.

Darauf aufbauend gilt es, die Männerhochburgen für junge Frauen attraktiver zu machen, beispielsweise mit passenden Ausbildungsmöglichkeiten. Zudem sollte die Politik das Geschlechterverhältnis bei der regionalen Verteilung von Flüchtlingen beachten.

Die Sache mit dem Nachwuchs

Geburten im Jahr 2015 pro 10.000 ...



IW-Report 33/2017

Wido Geis, Anja Katrin Orth: Geschlechterverhältnis und Geburten in den deutschen Regionen

iwkoeln.de/geburten

Blumenkohl an Sojaschnitzel

Ernährung. Allein die deutschen Nahrungsmittelhersteller bringen jedes Jahr rund 40.000 neue Produkte auf den Markt. Insgesamt können Verbraucher aus mehr als 170.000 Lebensmitteln und Zutaten ihren persönlichen Speiseplan zusammenstellen. Das Angebot an Nahrungsmitteln ist gigantisch, doch immer weniger Menschen kochen regelmäßig.

Bio-Äpfel, Fertiggerichte, gerne auch mal fleischlos – diese Ernährungstrends dürften die meisten Verbraucher in Deutschland kennen und ihnen vermutlich auch selbst zumindest ab und an folgen. Doch Trendsetter ist man damit nicht. Denn wer ernährungsmäßig wirklich hip ist, der greift derzeit zu proteinreichem Quark, zu Goji-Beeren oder Insektenhäppchen – und spült das Ganze mit grünem Matcha-Tee hinunter.

Noch sind die Umsätze, die mit diesen neuen Ernährungstrends erzielt werden, eher klein. Aber die Wachstumsraten sind beachtlich, wie die GfK in ihrer Studie „Consumers' Choice 2017“ feststellt. Dazu hat die GfK die Einkäufe von 30.000 Haushalten in Deutschland unter die Lupe genommen (Grafik):

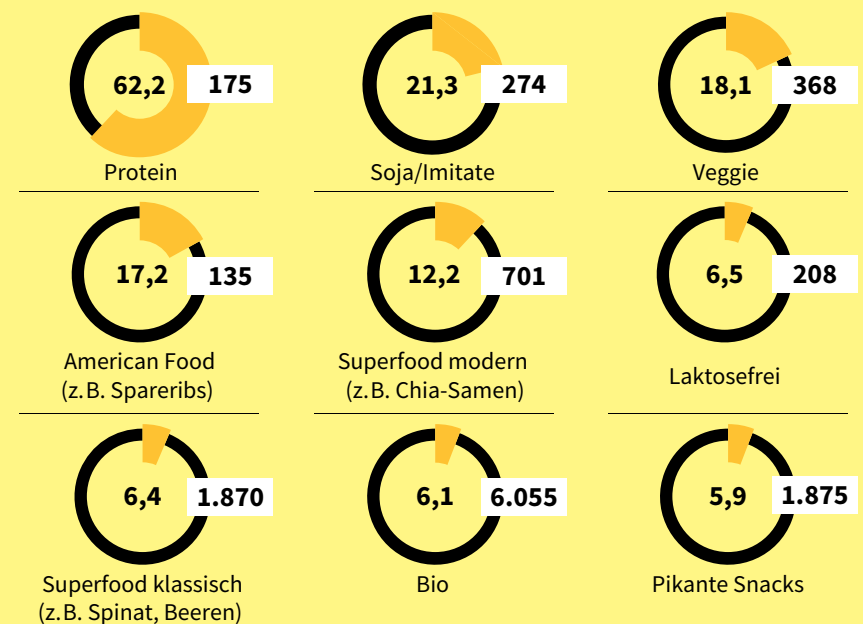
Die Nachfrage nach proteinreichen Nahrungsmitteln ist seit 2013 um durchschnittlich 62 Prozent pro Jahr gestiegen.

Auch Sojaprodukte sowie andere Fleischimitate, vegetarisches Essen, American Food und modernes Superfood – dazu zählen neben Chia-Samen auch Acai- und Goji-Beeren – legten in den vergangenen fünf Jahren jährliche Wachstumsraten von mehr als 10 Prozent hin. Anders

Ernährungstrends: Gerne gesund und fleischlos

Durchschnittliche jährliche Absatzsteigerung dieser Lebensmittel in Deutschland von 2013 bis 2017 in Prozent

■ Umsatz in Millionen Euro von August 2016 bis Juli 2017



Absatzsteigerung: gemessen in Kilogramm und/oder Stückzahlen; 2013 bis 2017: jeweils August des Vorjahres bis Juli

Quelle: GfK
© 2017 IW Medien / iwd

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

als der längst etablierte Biomarkt erzielt allerdings kein einziger dieser neuen Ernährungstrends Jahresumsätze von mehr als 1 Milliarde Euro.

Apropos Bio. Der Konsum von ökologischen Nahrungsmitteln ist

längst Mainstream: 98 Prozent aller Haushalte in Deutschland kaufen mindestens einmal im Jahr ein Bioprodukt. Und die Branche wächst nach wie vor um rund 6 Prozent jährlich. Die Folge:

Mit inzwischen mehr als 6 Milliarden Euro Umsatz jährlich ist die Biobranche das mit Abstand größte Segment unter den Food-Trends in Deutschland.

Im Schnitt geben die Bundesbürger 11 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Die GfK hat außerdem festgestellt, dass die Haushalte seit einigen Jahren mehr auf Qualität als auf Quantität beim Essen setzen: Die Menschen geben für relativ weniger Lebensmittel mehr Geld aus als früher. Das mag auch damit zusammenhängen, dass in deutschen Küchen immer seltener warme Mahlzeiten zubereitet werden: Vor fünf Jahren wurde noch in 29 Prozent der Haushalte täglich gekocht, mittlerweile werden nur noch 23 Prozent der Herde oder Backöfen an sieben Tagen die Woche angeworfen.

Gründe dafür sind die zunehmende Erwerbstätigkeit sowie die ebenfalls zunehmende aushäusige Kinderbetreuung. Berufstätige essen unter der Woche meist in Kantinen, Restaurants oder „to go“, Kinder in der Kita oder in der Schulmensa. Das alles wiederum lässt Convenience-Essen boomen: Mit Fertiggerichten oder anderweitig vorbereiteten Speisen wurden im vergangenen Jahr in Deutschland rund 4,3 Milliarden Euro umgesetzt.

Die Nahrungsmittelindustrie stellt sich auf diese veränderten Ernährungsgewohnheiten ein. Beliebt sind aktuell zum Beispiel Fertigsalate, die aus mehreren Komponenten (also aus diversen Salatorten, Rohkost, Nüssen und Dressing) bestehen, die die Verbraucher erst vor dem Verzehr miteinander vermengen. Auch Gemüsechips und fettarme Würstchen boomen.

Jedes Jahr bringen allein die deutschen Nahrungsmittelhersteller 40.000 neue Produkte auf den Markt.

Allerdings schaffen es davon nur rund 13.000, sich am Markt zu behaupten – der große Rest ist nach zwei Jahren nicht mehr im Sortiment. Insgesamt besteht das Lebensmittelangebot in Deutschland aus mehr als 170.000 Produkten.

Obwohl die Entwicklung neuer Kreationen viel Geld kostet, konnten die Lebensmittelhersteller in den ersten neun Monaten dieses Jahres ihren Umsatz noch einmal kräftig steigern (Grafik):

Von Januar bis September 2017 hat die deutsche Ernährungsindustrie fast 133 Milliarden Euro umgesetzt, das waren rund 6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Das Umsatzwachstum ist laut Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie jedoch vor allem preisbedingt.

Auch das Umsatzplus des deutschen Lebensmitteleinzelhandels geht primär auf steigende Preise zurück. Im ersten Halbjahr 2017 setzten die Supermärkte und Discounter rund 119 Milliarden Euro um, 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die höchsten Zuwächse gab es beim Verkauf von Obst und Gemüse mit 5,7 Prozent sowie bei Molkereiprodukten wie Milch und Joghurt (5,1 Prozent).

Einen regelrechten Satz nach oben machte der Butterpreis: Deutsche Markenbutter verteuerte sich im ersten Halbjahr 2017 um 51 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Gründe dafür sind, dass China deutlich mehr Butter importiert und dass Butter als Rohstoff in der Lebensmittelproduktion wichtiger geworden ist.

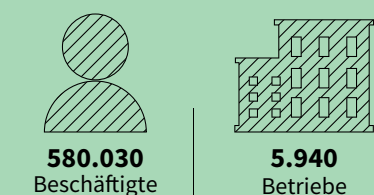
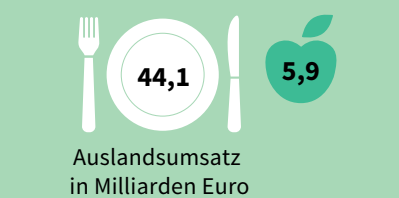
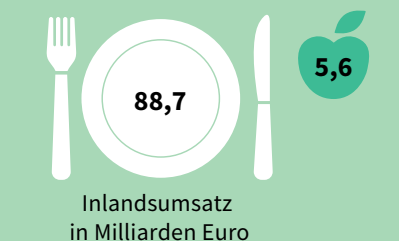
Dass Essen ein ziemlich angesagtes Thema ist, kann auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) bestätigen. Die meisten Gastronomen und Hoteliers dürften sich über die aktuellen Gästezahlen freuen, die den 220.000 Unterneh-

men 2016 eine Umsatzsteigerung um 2,9 Prozent auf fast 81 Milliarden Euro bescherten. In den deutschen Restaurants – ob Hotelküche, Betriebscasino oder Mensa – boomt derzeit die regionale Küche. Kaum zu glauben, aber wahr: Der neueste Food-Trend in der Gastronomie ist Blumenkohl – besonders gerne wird das Blütengemüse übrigens in Großstädten geordert.

Gegessen wird immer

Ernährungsindustrie in Deutschland

- Januar bis September 2017
- Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



Umsätze: Prognose, Stand: 11. September 2017
Beschäftigte und Betriebe: Stand 2016

Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Die Medien-Hits der Kids

Die nachwachsende Generation in Deutschland verbringt ihre Freizeit gerne mit Smartphone und Tablet – ist aber keinesfalls nur noch digital unterwegs. Dies geht aus der neuen Kinder-Medien-Studie hervor, die sechs Medienhäuser – Blue Ocean Entertainment, Egmont Ehapa Media, Gruner + Jahr, Panini Verlag, SPIEGEL-Verlag und ZEIT Verlag – in Auftrag gegeben haben. Zwar besitzt mittlerweile schon fast jeder vierte 6-Jährige und gut jeder zweite 9-Jährige ein eigenes Handy oder Smartphone. Dennoch lesen 72 Prozent der 4- bis 13-Jährigen mindestens mehrmals pro Woche ein Buch, eine Zeitschrift oder schauen sich Comics an. Erst die 10- bis 13-Jährigen ziehen digitale Spiele der analogen Lektüre vor. Am wichtigsten ist es für die Kids ohnehin, ihre Freizeit mit Freunden zu verbringen – fast 90 Prozent tun dies mehrmals pro Woche. Aber auch Spielen im Freien und Sporttreiben sind beliebte Freizeitaktivitäten.

Noch mehr Wege zum iwd



E-Mail- Newsletter

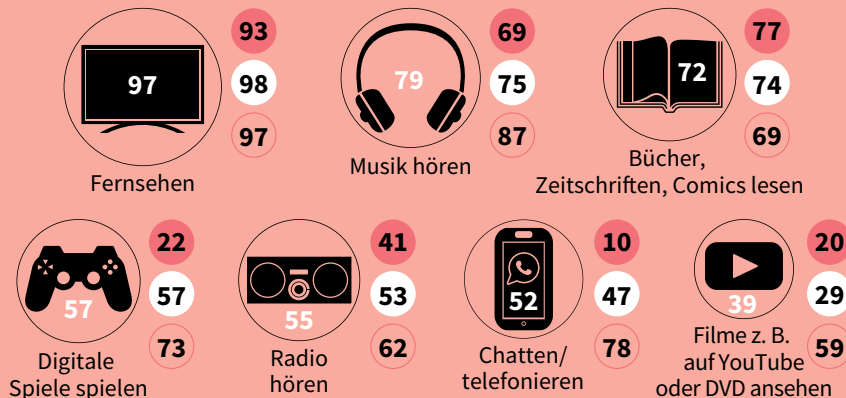
Sie wollen auch digital gut informiert werden? Dann melden Sie sich doch für unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter an. Damit erhalten Sie jede Woche ganz bequem aktuelle Berichte, Experteninterviews und Grafiken. Unter iwd.de/newsletter können Sie unseren Newsletter abonnieren.

Außerdem stellen wir Ihnen die neuesten iwd-Beiträge täglich sowohl auf unserer Newsseite im Business-Netzwerk Xing als auch bei Facebook zur Verfügung. Folgen Sie uns und verpassen Sie keinen Artikel mehr.

Fernsehen führt

So viel Prozent der 4- bis 13-Jährigen in Deutschland nutzen Medien in ihrer Freizeit mindestens mehrmals pro Woche in dieser Form

■ Insgesamt ■ 4- bis 5-Jährige ■ 6- bis 9-Jährige ■ 10- bis 13-Jährige



Daten aus 1.647 Doppelinterviews mit jeweils einem 6- bis 13-Jährigen und einem Erziehungsberechtigten sowie 394 Interviews mit einem Erziehungsberechtigten für die 4- bis 5-Jährigen im Zeitraum Februar bis April 2017

Quelle: Kinder-Medien-Studie
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln